

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mardi (matin) 18 novembre 2014

Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

18 2011.RRGR.11103 Rapport

Rapport complémentaire à la stratégie d'aide aux personnes dépendantes dans le canton de Berne. Domaines de la prévention et de la répression. Rapport du Conseil-exécutif

La présidente. (*La présidente agite sa cloche.*) Il est 9 heures, je vous prie de vous installer. J'ouvre la séance de ce mardi matin. Nous en sommes à l'affaire n°18 «Rapport complémentaire à la stratégie d'aide aux personnes dépendantes dans le canton de Berne. Domaines de la prévention et de la répression. Rapport du Conseil-exécutif». M. Müller a la parole pour la Commission de la santé et des affaires sociales. Je prierais les membres du Grand Conseil de s'asseoir et de rester tranquilles.

Reto Müller, Langenthal (PS). Nach dem wir gestern im Zeitplan aufgeholt und alle Vorurteile bezüglich langsamer Bernerinnen und Berner überholt haben, stelle ich heute Morgen fest, dass es immer noch wie früher ist: Sie «tropfen» so langsam in den Saal. Aber danke, dass Sie trotzdem bereits zuhören. Schliesslich geht es um das Suchthilfekonzept, und Sie wollen sicher später alle über das «Kiffen» sprechen. Warum gibt es diesen Zusatzbericht? Sowohl in der Debatte über das überwiesene Suchthilfekonzept als auch in der resultierenden Kommissionsmotion des Jahres 2012 und auch im Vorstoss von Frau Mühlheim des Jahres 2013 wurden Ergänzungen zum Bericht in den Bereichen Prävention und Repression gefordert. (*La présidente agite sa cloche.*)

Die überwiesenen Vorstösse hatten zum Ziel, Lücken im Suchthilfekonzept zu schliessen. Um es vorweg zu nehmen: Aus Sicht der vorberatenden Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) weist das Suchthilfekonzept mit dem Zusatzbericht keine Lücken mehr auf. Die Kommission konnte im Bericht und im Referat des Gesundheitsdirektors zur Kenntnis nehmen, dass neue Tendenzen im Suchthilfebereich aufkommen. Darunter fallen die psychische Gesundheit sowie Angebote im Bereich der neuen Medien, die zurzeit zum Beispiel von Eltern und auch von Schulen stark gefragt sind. Die bisherigen Schwerpunkte in der Suchtarbeit und in der Prävention werden aber beibehalten. Der Fokus der präventiven Arbeit liegt richtigerweise auch in Zukunft bei den Kindern und Jugendlichen. Es wird sehr viel Wert darauf gelegt, dass man in der Frühförderung früh in gesundheitsgefährdete Systeme oder Familien eindringen kann. Weiterhin wird im Bericht aufgezeigt, dass Alkohol, Tabak, schlechte Ernährung und mangelnde Bewegung als hauptsächlich schädigende Faktoren gelten. Die Kommission hat verschiedene Fragen gestellt, die der Gesundheitsdirektor und sein Team zur vollen Zufriedenheit beantworten konnten; zum Beispiel, wie die Finanzierung des Suchthilfefonds funktioniert, oder auch inwiefern Cannabis oder eine Partydroge wie LSD aufgrund der aktuellen Medienberichte eine bestimmte Relevanz erhalten sollen. Auf all diese Fragen haben wir Antworten erhalten. Bezüglich der letzten Frage und vielleicht auch aufgrund der Diskussion im nächsten Traktandum merke ich noch an, dass im Jahre 2013, zum Zeitpunkt der Erhebung der politischen und gesellschaftlichen Relevanz dieser Substanzen für den Bericht, Cannabis praktisch noch kein Thema war. Wir könnten also die Thematik des Cannabis als einen «Medien- oder Politikhype» des Jahres 2014 bezeichnen. Aus konzeptioneller Sicht ist das aber irrelevant.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die GEF die Massnahmen weiterhin mit den bisherigen Akteuren umsetzen will. Das heisst, vor allem mit der Berner Gesundheit, dem Blauen Kreuz und der Aidshilfe Bern. Ferner konnten wir keine Doppelspurigkeiten feststellen, obwohl verschiedene Direktionen, namentlich ERZ, POM, JGK und GEF, involviert sind. Bei der POM ist es relativ

schwierig abzuschätzen, was Prävention und was normale Polizeiarbeit ist. Beides wird weiterhin Hand in Hand ausgeführt, und das ist auch sinnvoll. In Bezug auf diese Überlegungen sieht man auch in der Strategie 2014–2017 die bisherigen Tendenzen bestätigt. Der Fokus liegt weiterhin bei den Kindern und Jugendlichen. Bei sozioökonomisch Benachteiligten soll künftig stärker interveniert werden können. Weiterhin wird bedarfsorientiert gearbeitet. Klar kann man festhalten, dass dem Kanton Bern für die Umsetzung der Massnahmen nach wie vor rund 6 Mio. Franken zur Verfügung stehen. Dieser Betrag ist vor allem an die bisherigen Programme gebunden. Das heisst, dass wahrscheinlich für neue Tendenzen oder Arbeiten politisch weiterhin wenig Spielraum besteht und man sich auf die wichtigsten Tendenzen konzentrieren muss. Wir danken den beteiligten Ämtern und Stellen für das Erstellen dieses Zusatzberichts. Die GSoK empfiehlt dem Grossen Rat, den Zusatzbericht anzunehmen, ebenso wie die Abschreibung beider Motionen gemäss dem Beschlussesantrag.

La présidente. Y a-t-il un porte-parole de groupe qui aimerait s'exprimer? – Ce n'est pas le cas. M. Schlup pour l'UDC. Nous sommes en débat réduit, vous avez deux minutes.

Martin Schlup, Schöpfen (UDC). Ich fasse mich relativ kurz. Ich kann diesem Dank für den Bericht nicht einfach so fröhlich zustimmen. Die Aussage, dass trotz Bedarf wenig unmittelbare Nachfrage besteht, soll mir jemand marktwirtschaftlich erklären. Der Ausdruck «Querschnittsthema Gender» und andere machen diesen Bericht schwer verständlich. Ich hatte Angst, dass ich der einzige bin, der ihn nicht gut verstanden hat und habe ein wenig herumgefragt. Sogar Gymnasiallehrer und Ingenieure haben zwischenzeitlich ziemlich stark den Kopf geschüttelt. Ich denke, solche Berichte bringen nicht sehr viel, da sie, wenn sie so schwer verständlich sind, nicht einmal mehr von den Anwendern in die Hand genommen werden. Man könnte auch verständlicher schreiben. Zum Inhalt des Berichts hat Reto Müller bereits alles gesagt, dem kann ich so zustimmen. Etwas fiel mir auf, das auch einige Mitglieder in meiner Fraktion stört: Es wird sehr viel von Alkohol, Tabak, Ernährung/Bewegung und psychischer Gesundheit gesprochen, aber sehr wenig von den illegalen Drogen. Dies obschon solche viel schneller zu Abhängigkeit führen und schneller negative Einflüsse auf die Arbeits- und Gesellschaftsfähigkeit haben. Ich möchte noch ein Beispiel anbringen, das ich «weitergesponnen» habe: Vielleicht kann man in Zukunft auf einem Päckchen Fleisch lesen, dass der Inhalt der Gesundheit schaden könnte, aber auf einem Päckchen Heroin wird das sicher nicht geschrieben sein. Ein grosser Teil der SVP-Fraktion nimmt diesen Bericht zähneknirschend zur Kenntnis und ein paar Mitglieder lehnen ihn ab.

Barbara Mühlheim, Berne (pvl). Hier liegt ein solider Bericht vor uns. Dennoch müssen wir im Parlament in Anbetracht der knappen Finanzen aufpassen, dass wir nicht dauernd Berichte bestellen, sondern diese vielleicht vermehrt auch umsetzen können. Damit komme ich zu meiner Motion: Meine Ziffern der Motion wurden mit diesem Bericht mehr oder weniger erfüllt, aber dieser Bericht wird in Zukunft nur so viel Wert sein, wie wir ihn eben auch umsetzen. Damit komme ich zur Kritik über das, was mein Vorredner der SVP-Fraktion geäussert hat: Es ist nicht so, wie er gesagt hat; hier geht es um Prävention, und das geht uns alle etwas an. Prävention ist ein geduldiges Wort und beinhaltet alles. Aber es ist nicht zuletzt politisch klar, dass in Bezug auf die Früherkennung und Früherfassung von Jugendlichen, insbesondere bei Familien, die schlecht integriert sind, in diesem Kanton Handlungsbedarf besteht. Vielleicht müssen wir künftig aufhören, dauernd nur irgendwelchen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern – ich bin auch eine davon – für irgendwelche Projekte Geld zu geben. Wir sollten es vielmehr im Sinne der regionalen Sensibilisierung, unter anderem der Mütter- und Väterberatung zukommen lassen, so wie wir es entschieden haben und Regula Unteregger es bereits umgesetzt hat. – Das ist sinnvoll. Wir müssen dort finanziell unterstützen, wo Handlungsbedarf besteht und nicht immer bei zweijährigen Projekten, bei denen man nicht genau weiss, was dabei herauskommen soll. Das ist meine persönliche Kritik, die ich nach 25 Jahren Suchtarbeit im Kanton Bern anbringe.

Im Bericht hat mich die Repression erstaunt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Die Polizei kommt schlecht weg. An dieser Stelle definiert sie sich relativ nach dem klassischen, alten System. Ich finde jedoch die Polizei und ihre Arbeit schon längstens viel breiter. Sie ist für uns längst ein wesentlicher Partner, sie sorgt nämlich im öffentlichen Raum dafür, dass verelendete Drogenkonsumenten viel schneller in eine Behandlung geführt werden. Man muss nicht so tun, als sei das nur eine Problematik für Sozialarbeiter. Schade, stellt sich diesbezüglich die Polizei etwas einseitig dar und ich bin froh, dass die Praxis ganz anders aussieht. Wir nehmen diesen Bericht an.

Katrin Zumstein, Langenthal (PLR). Der vorliegende Bericht zeigt Strategien und Massnahmen im Bereich der Prävention und Repression auf und schafft einen guten Überblick über die verschiedenen Angebote und Leistungserbringer, sei es auf der Ebene des Kantons und des Bundes oder der Gemeinden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Planung der GEF, wonach vor allem Kinder und Jugendliche im Zentrum der Massnahmen stehen sollen. Verschiedene kantonale Ämter, beziehungsweise Direktionen, sind mit der Gesundheitsförderung beauftragt. Das zeigt auch gleich die grosse Bedeutung der gut funktionierenden Schnittstellen zwischen den Ämtern und den entsprechenden Direktionen. Die Fäden zwischen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), den Schulen und der Polizei sollen möglichst eng geknüpft sein, damit eine Suchterkrankung verhindert werden kann. Früherkennung – wir haben es vorhin von Barbara Mühlheim gehört – ist besonders wichtig. Auch von besonderer Bedeutung ist, dass gerade die regionalen Plattformen, in Form von Mütter- und Väterberatung, gut funktionieren. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Mittel für die vorgesehenen Massnahmen, wie sie im Bericht dargestellt sind, richtig eingesetzt werden.

Das Votum, das vorhin von Martin Schlup abgegeben wurde, erstaunt mich. In der Kommission haben wir diesen Bericht behandelt, und dort hat er Ausführungen nicht gemacht. Ich kann mich erinnern, dass lediglich die Frage bezüglich des Cannabiskonsums von der GEF beantwortet werden konnte. Zu den Ausführungen von Barbara Mühlheim muss ich sagen, dass auch sie an der GSoK-Sitzung nicht anwesend war. Schade, dass sie dies nicht dort anbringen konnte. Jetzt ist es eben so, und die FDP-Fraktion beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen sowie beide Motionen der vorherigen Kommission und auch Ziffer drei der Motion Mühlheim abzuschreiben.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (PBD). Wie verlangt, handelt es sich in diesem Zusatzbericht um die zwei Bereiche der Repression und der Prävention. Die BDP-Fraktion anerkennt, dass dieser Bericht nun komplett ist. Ergänzend zu den Aussagen des Kommissionssprechers möchte ich noch folgende Bemerkungen anbringen: Es wird gut aufgezeigt, was die Aufgaben in diesen zwei Bereichen sind und wer sie wahrnimmt. Die Prävention wird gut dargestellt und die Kosten offen dargelegt. In der Repression ist das weniger der Fall. Einige Resultate werden aufgezeigt. Einiges wird kontrolliert, beschlagnahmt und auch erfasst. Eine Kosten- oder Finanzierungsaufteilung fehlt hingegen. Dieser Teil würde uns aber auch interessieren. Der Bericht zeigt uns auf, dass die Hauptproblemlasten immer noch der Alkohol und der Tabak sind. Der Bericht legt uns dar, dass uns die Themen der Durchsetzung, Reduzierung und Verfügbarkeit weiter beschäftigen werden. Die BDP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Erarbeitung dieses Zusatzberichts und nimmt ihn einstimmig zur Kenntnis.

Christine Schnegg-Affolter, Lyss (PEV). Die EVP-Fraktion würdigt diesen Zusatzbericht zum Suchthilfekonzept und dankt der Verwaltung für die Erarbeitung. Mit diesem Zusatzbericht wird gut aufgezeigt, was in Sachen Prävention und Repression alles läuft und wo die Gelder eingesetzt werden. Ich mache nur eine kurze Zusatzbemerkung zur Prävention: Die GEF erfüllt hier den Auftrag aus Artikel 41 der Kantonsverfassung ganz pragmatisch und praxisbezogen, mit einer starken Einbindung aller Akteure, die in direktem Kontakt mit dem Zielpublikum stehen. Das ist sicher zu unterstützen und erfolversprechender als seitenweise theoretische Abhandlungen. Die EVP-Fraktion möchte aber vor einer Verzettelung der doch recht begrenzten Mittel warnen. Das Augenmerk sollte bei der Planung und bei der Umsetzung in der Prävention und der Gesundheitsförderung vor allem auf den Hauptproblemlasten liegen, nämlich bei Alkohol, Ernährung/Bewegung, Tabak und psychischer Gesundheit. Mit dieser Zusatzbemerkung nimmt die EVP-Fraktion den Zusatzbericht zum Suchthilfekonzept zur Kenntnis.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Les Verts). Ich kann es gleich vorweg nehmen: Die grüne Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist mit den Abschreibungen der entsprechenden Motionen einverstanden. Der Zusatzbericht zeigt klar auf, dass die Prävention und die Gesundheitsförderung wichtige Aufgaben sind, um gesund zu bleiben und der Gefahr, suchtabhängig zu werden, entgegenzuwirken. Erwähnens- und wünschenswert sind die Präventivprogramme und die Präventivmassnahmen, die von verschiedenen Leistungserbringern zielgruppenorientiert erbracht werden. Wir sind der Meinung, dass die bisher ergriffenen und auch geplanten Massnahmen in der Prävention, wie auch in der Repression, die nötigen und erfolversprechenden Handlungen sind, damit unsere Gesellschaft aufgeklärt, gesund und ohne

Hilfe von Suchtmitteln leben kann.

Alfred Schneiter, Thierarchen (UDF). Auch die EDU-Fraktion nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Vielleicht nicht mit einer Halleluja-Stimmung, wie der Vorsitzende der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Ich verstehe Martin Schlup ein wenig. Ich habe es in der Kommission nicht gesagt, aber ich habe mich mit diesem Bericht auch etwas schwer getan und benötigte an gewissen Stellen Nachhilfeunterricht, um alles zu verstehen. Schlussendlich habe ich verstanden, dass Prävention etwas sehr Sinnvolles ist und es sich lohnt, dran zu bleiben, es zur Kenntnis zu nehmen und auch umzusetzen. Dazu ein praktisches Beispiel: Ich hatte ein zweites Exemplar von diesem Bericht und habe dieses gestern Abend nach der Sitzung meiner Gemeinderatskollegin gegeben. Sie arbeitet im Schulbereich und erwähnte einen geplanten runden Tisch für Eltern. So habe ich ihr den Bericht ausgehändigt, der auch etwas mit dem Angebot des Kantons zu tun hat. In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich noch die Polizei erwähnen. Es wurde bereits angemerkt, dass für den Bereich der Prävention ein Stellenetat von über 30 Stellen besteht. Diesbezüglich bin ich sehr gespannt, ob diese an der Front oder als Schreibtischtäter eingesetzt werden. Und es wurde klar bestätigt, dass diese Leute zum Beispiel in den Schulen oder bei den Eltern eingesetzt werden, also an der Front. Das ist sinnvoll und das möchten wir auch fördern. Daher nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (PS). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion würdigt den Bericht des Suchthilfekonzepts und dankt den Verantwortlichen für ihre Arbeit. Der Bericht schafft einen klaren Überblick über alle Massnahmen, die vorgenommen werden. Wir befürworten, dass die Prävention weiter auf die Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist und sind der Ansicht, dass Lücken geschlossen wurden. Mit der Abschreibung der Motionen sind wir einverstanden und unterstützen den Bericht.

La présidente. Je n'ai plus de porte-parole de groupe. Y a-t-il encore quelqu'un qui aimerait s'exprimer? – Ce n'est pas le cas. C'est donc à vous, M. le conseiller d'Etat.

Philippe Perrenoud, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. Je serai relativement bref. Je crois que l'essentiel a été rappelé ici ce matin. La discussion a également été intéressante à mon avis au sein de la commission, que je remercie pour ses travaux efficaces et efficients. Je vous prie, dans le sens de la commission et du gouvernement, de prendre connaissance de ce rapport.

La présidente. Nous avons trois points. Nous allons tout d'abord voter sur le classement de la motion de la commission «Rapport sur l'aide aux personnes dépendantes dans le canton de Berne». Puis, nous voterons sur le classement du point 3 de la motion de Mme Mühlheim et enfin sur la prise de connaissance du rapport. Donc, ceux qui sont d'accord de classer la motion de la commission «Rapport sur l'aide aux personnes dépendantes dans le canton de Berne» votent oui, ceux qui refusent votent non.

Vote (classement de la motion M 047-2012)

Décision du Grand Conseil :

Classement

Oui 144

Non 0

Abstentions 0

La présidente. Vous avez accepté à l'unanimité de classer cette motion. Ceux qui acceptent de classer le point 3 de la motion Mühlheim votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote (classement du ch. 3 de la motion Mühlheim 047-2013)

Décision du Grand Conseil :

Classement

Oui 144

Non	0
Abstentions	0

La présidente. Vous avez accepté à l'unanimité de classer ce point 3. Nous passons à la prise de connaissance de ce rapport. Ceux qui acceptent la prise de connaissance votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote

Décision du Grand Conseil :

Prise de connaissance

Oui	135
-----	-----

Non	4
-----	---

Abstentions	2
-------------	---

La présidente. Vous avez accepté de prendre connaissance de ce rapport.